

Mein Bericht aus Brüssel



Nachrichten aus Griechenland, Russland sowie die Asyl-Problematik füllen aktuell die Sendezeiten und Zeitungsspalten. Natürlich wird man auch als Europaabgeordneter fast täglich auf das Geschehen an den so unterschiedlichen Krisenherden befragt - was durchaus den Blick darauf verstellen kann, dass unsere alltägliche Arbeit trotzdem weitergeht.

Aber auch die großen Themen, wie beispielsweise Asyl, sind ebenso und vor allem relevant zu Hause vor Ort. Die Bürgerinnen und Bürger verlangen zu Recht Lösungsvorschläge von der Politik und in diesem Fall muss eine Lösung von Europa kommen. Denn letztendlich beginnt und endet die Asyl-Debatte auf europäischer Ebene: Asyl-

Suchende kommen an unseren EU-Außengrenzen an und wir stehen vor der gesamteuropäischen Herausforderung die Betroffenen entsprechend zu versorgen. Ich halte daher eine Quotenregelung, die sich auch nach der Wirtschaftskraft der einzelnen europäischen Mitgliedstaaten richtet, für sinnvoll. Doch leider finden wir vor allem mit unseren Partnern in Osteuropa keine Mehrheit. Aus diesem Grund muss es daher gesamteuropäische Aufgabe sein, zuallererst die Probleme vor Ort in den Herkunftsländern zu lösen. Im zweiten Schritt müssen dann die Ankommenden zwischen Wirtschaftsflüchtlings und Asyl-Suchenden differenziert werden, um erstere zurück zu schicken und diejenigen, die tatsächlich hilfsbedürftig sind, zu unterstützen. Letztendlich sollte jedoch das hin und her schieben von Verantwortung auf den einzelnen politischen Ebenen vermieden werden. Denn einer Lösung kommen wir so sicher nicht näher, sondern tragen eher dazu bei, gesellschaftlich Unruhe zu stiften.

Stark beschäftigt hat uns in den vergangenen Monaten auch die Diskussion um das Handelsabkommen TTIP. Hier fordere ich nach wie vor, dass anstelle ideologischer Schlagworte klare Fakten in die Debatte Einzug halten. Und die Fakten zeigen: Unsere exportorientierte Wirtschaft braucht den Wegfall von Handelsschranken, für den TTIP steht. Natürlich müssen wir die Befürchtungen von Kritikern ernst nehmen. Aber gerade als Agrarpolitiker bin ich mir sicher, dass die Europäische Union niemals ihre strengen Regelungen etwa im Bereich des Tier- und Naturschutzes lockern wird.

Ähnlich kompliziert scheint es, in der Debatte zum Russland-Embargo nüchtern agieren zu wollen. Mit einem Beispiel lässt sich aber verdeutlichen, dass auch diese Krise zwei Seiten hat. 2014 war für die europäischen Apfelbauern eines der besten Jahre seit langem. Doch die Bauern blieben auf ihren Äpfeln sitzen. Grund dafür ist das Russland-Embargo. Darunter haben, das zeigen Gespräche mit Bürgern, viele falsche Vorstellungen. Nicht Europa verhindert, dass europäische Produkte nach Russland ausgeführt werden. Sondern Russland selbst greift zu drastischen Mitteln.

Mit immer neuen fadenscheinigen Begründungen verhindern Putins Beamte, dass Obst aus der Europäischen Union in Russland eingeführt wird. Dass dies faktisch einem Einfuhrverbot gleich kommt, bestreitet die russische Regierung nicht einmal. Denn Europa soll an einer empfindlichen Stelle getroffen werden – an der Exportdividende. Für die Bauern aber ist das eine Katastrophe. Darum war es mir von Anfang an wichtig, dass die EU-Kommission die vom Einfuhrverbot betroffenen Betriebe für ihre Einkommenseinbußen entschädigt – und im Herbst gab die Kommission dazu dann auch grünes Licht. Dass die Abgeordneten im Agrarausschuss des Europaparlamentes, wo über dieses Thema lebhaft diskutiert wurde, mehrheitlich darin übereinstimmten, dass die zur Verfügung gestellten Mittel des Agrarhaushaltes nicht ausreichen werden, ist ein gutes Zeichen für die Obstbauern, die wohl auch in diesem Jahr dringend unsere Unterstützung brauchen.

Mit besten Grüßen aus Brüssel,

Ihr Peter Jahr